

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

nachfolgend bieten wir Ihnen eine Meldung an.

**Uschi Eich (Grüne)**, gab heute, 29.11.17, dem Südwestrundfunk ein Interview zum Thema:

**„EU-Afrika-Gipfel in Abidjan“.**

Das „SWR2 Tagesgespräch“ führte Pascal Fournier.

Mit freundlichen Grüßen

Zentrale Information

**SÜDWESTRUNDFUNK**

Anstalt des öffentlichen Rechts  
Radio · Fernsehen · Internet

Chefredaktion Nachrichten und Distribution

Zentrale Information

**SWR Tagesgespräch**

**Postadresse** 76522 Baden-Baden  
**Hausadresse** Hans-Bredow-Straße  
76530 Baden-Baden

**Telefon** 07221/929-23981  
**Telefax** 07221/929-22050

**Internet** [www.swr2.de](http://www.swr2.de)

**Datum:** 29.11.2017

Afrika-Expertin Eid fordert Umdenken in der europäischen Afrika-Politik

Die Präsidentin der Deutschen Afrika-Stiftung, Uschi Eid, fordert einen Kurswechsel in der europäischen Afrika-Politik. Im Interview mit dem Südwestrundfunk (SWR) kritisierte sie, dass Europa mit Blick auf Afrika noch immer zuerst in Kategorien von Entwicklungshilfe denke. „Davon müssen wir wegkommen“, sagte Eid im SWR2-Tagesgespräch. Die Afrikaner erwarteten stattdessen unter anderem „echte wirtschaftliche Kooperation“, so die frühere Entwicklungs-Staatssekretärin weiter. Hier könne man bereits durchaus eine positive Bilanz ziehen, sagte Eid und verwies auf europäische Milliardeninvestitionen in Afrika. Zugleich schränkte sie ein, dass das „natürlich nur funktioniert, wenn die Rahmenbedingungen in den afrikanischen Ländern stimmen.“ Ohne ausreichende Rechtssicherheit etwa würden deutsche Unternehmen nicht in Afrika investieren – „insofern sind hier auch die Partner in Afrika gefragt“. Mit Blick Kooperationen mit zweifelhaften afrikanischen Regimes plädierte Eid für Pragmatismus. Wenn bestimmte Probleme in beiderseitigem Interesse gelöst werden müssten, komme man „gar nicht umhin, mit Staaten wie Mali, Tschad oder Niger zusammenzuarbeiten“.

Afrikanischer Sitz im UN-Sicherheitsrat

Vom EU-Afrika-Gipfel in Abidjan erwartet die Präsidentin der Deutschen Afrika-Stiftung, dass sich die europäischen und afrikanischen Staaten zur gemeinsamen Lösung gemeinsamer Probleme wie Klimawandel oder Internationaler Terrorismus bekennen. Außerdem müsse Europa mithelfen, dass Afrika „sein Gewicht in die Waagschale werfen“ könne. In diesem Zusammenhang plädierte sie für Unterstützung für die Forderung nach einem afrikanischen Sitz im UNO-Sicherheitsrat.

**Wortlaut des Live-Gesprächs:**

**Fournier: Offiziell soll es in Abidjan vor allem um Perspektiven für die afrikanische Jugend gehen. Es soll um Handel gehen, um Sicherheit und um Migration. Dass Europa über diese Themen sprechen möchte, vor allem über das Thema Migration, das ist klar. Aber worüber wollen denn die afrikanischen Länder mit der EU sprechen?**

Eid: Da gibt es einige Themen, die jetzt sehr dringend behandelt werden sollen. Wenn man jetzt das bezieht auf diese EU-Afrika-Partnerschaft, die sich ja seit 2000 formalisiert hat, geht es schon eine geraume Zeit um die Frage der engeren Kooperation in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Das ist natürlich auch angesichts dieser sehr schwierigen Situation in der Sahel-Region auch dringend erforderlich. Die EU hat zum Beispiel sieben Missionen, zum Teil unter UNO-Mandat, zum Teil auf Bitten der dortigen Regierungen, wie zum Beispiel in Mali oder in Niger. Also, das wird sicherlich ein wichtiges Thema sein – auch angesichts der Tatsache, dass natürlich diese Krisen dazu beitragen, dass Menschen ihre Heimat verlassen müssen, die aber letztlich dann meistens Zuflucht suchen in den Nachbarstaaten. Das zweite ist die Frage der Schaffung von Arbeitsplätzen. Es muss in die Jugend investiert werden. Denn die Frage ist: Welche Perspektiven haben Jugendliche, wenn es keine Arbeit gibt in ihren Ländern? Deswegen ist der dringende Appell, auch an Europa, dass europäische Unternehmen in Afrika investieren. Da kann man durchaus mittlerweile schon eine gute Bilanz ziehen. Denn allein 2015 haben EU-Unternehmen 32 Milliarden Euro in Afrika investiert und dadurch Arbeitsplätze geschaffen. Bildungsprogramme müssen verstärkt aufgelegt werden. Aber eines ist immer dabei zu bedenken: Das alles funktioniert nur, wenn natürlich auch die Rahmenbedingungen in den jeweiligen Ländern stimmen. Denn ein deutscher Unternehmer ist ja wie ein scheues Wild. Also wenn da die Justiz nicht funktioniert, wenn die Eigentumsrechte nicht funktionieren usw., dann wird er dort nicht investieren. Deswegen sind auch die Partner in Afrika gefragt, ein entsprechendes Klima zu schaffen, dass dann auch wirklich Investoren kommen.

**Fournier: Laut der EU-Außenbeauftragten Mogherini arbeitet man seit einiger Zeit an einem neuen Verhältnis zwischen Europa und Afrika, Stichwort Partnerschaft statt einer Beziehung zwischen Geber und Empfänger. Wie schätzen Sie das ein, wie weit sind EU und Afrika denn tatsächlich noch von einem Verhältnis auf Augenhöhe entfernt?**

Eid: Ich glaube, schon noch ziemlich. Das hängt natürlich von beiden Seiten ein bisschen ab. Also, ich glaube, dass bei uns immer noch das Bild von Afrika dominiert als Entwicklungshilfe-Empfänger. Wir haben, obwohl afrikanische Meinungsführer schon zur Jahrtausendwende immer wieder gesagt haben: „Wir wollen weg, wir wollen raus aus der Entwicklungshilfe-Ecke, wir wollen uns integrieren in den Weltmarkt, in die Weltwirtschaft und wollen auch auf der internationalen Bühne mitreden können.“ Wir haben das hier traditionell noch nicht so wahrgenommen und denken immer noch in Kategorien von Entwicklungshilfe. Da müssen wir einfach weg. Wir müssen uns auch nicht immer als Geber gut fühlen können, sondern die Afrikaner wollen, dass wir wirtschaftlich kooperieren. Das zweite ist, dass auch diese formalisierte Partnerschaft in der Vergangenheit etwas einseitig war, indem die Europäer eher ihre Wünsche vorgetragen haben, die Papiere vorbereitet haben und die Afrikaner gar nicht so stark im Vorbereitungsprozess mit drin waren. Ich glaube, das war die stärkste Kritik von Seiten Afrikas, dass man doch solche Gipfel dann auch gemeinsam vorbereitet, gemeinsam die Tagesordnung bestimmt. Also, das meinten die wohl mit „stärker auf Augenhöhe“.

**Fournier: Sie haben die inneren Zustände in vielen afrikanischen Ländern angesprochen. Viele afrikanische Regimes sind selbst Flucht-Ursache – Sudan, Eritrea, Zentralafrikanische Republik, Tschad. Wir müssen mal sehen, wie es mit Simbabwe weiter geht. Darf und soll die EU mit solchen Regierungen überhaupt kooperieren – und das auf Augenhöhe?**

Eid: Das ist eine schwierige Frage. Ich glaube, wir müssen uns in manchen Situationen davon verabschieden, die Welt anders zu machen, als sie ist. Die Welt ist so, wie sie ist. Wir müssen, wenn bestimmte Probleme gelöst werden müssen im beiderseitigen Interesse, kann man gar nicht umhin als mit Staaten wie Mali, Tschad oder Niger zusammenzuarbeiten. Natürlich ist immer noch die Frage: Muss man unbedingt mit deren Sicherheitsapparaten zusammenarbeiten? Oftmals ist es wichtig, dass man einfach auch unter der Regierungsschwelle mit dortigen Partnern kooperiert, um zum Beispiel auch Verwaltungsstrukturen zu stärken. Aber ob man nun in den Sicherheitsapparat hineingeht, da würde ich auch meine starken Fragezeichen setzen.

**Fournier: In einem Satz: Es ist inzwischen der fünfte EU-Afrika-Gipfel. Was erwarten Sie von dem Treffen in Abidjan?**

Eid: Ich erwarte, dass wir wirklich sagen können, wir 28 europäischen Staaten, ihr 55 afrikanische Staaten wir haben gemeinsame Probleme zu bewältigen, packen wir es an, kämpfen wir gemeinsam gegen den Klimawandel, gegen Drogen und Waffenschmuggel und den Terrorismus. Schauen wir gemeinsam, dass wir die Artenvielfalt erhalten und gegen illegale Fischerei vorgehen. Also, das heißt, dass wir gemeinsam identifizieren, wo unser gemeinsames Interesse ist und dann, dass wir dann auch dazu beitragen, dass Afrika sein Gewicht in die Waagschale werfen kann und zum Beispiel einen Sitz im UNO-Sicherheitsrat bekommt.

- Ende Wortlaut -